

Das neue Integrationsgesetz

Ausschuss für
Migration und
Teilhabe

11. Sitzung

24.08.2016



Integrationsgesetz vom 31.07.2016, in Kraft getreten am 06.08.16

Das neue Integrationsgesetz

INTEGRATION FÖRDERN

INTEGRATION FORDERN

GEMEINSAM
STARK
DAS NEUE INTEGRATIONSGESETZ

100.000 Flüchtlings-
integrationsmaßnahmen

Mehr Berufsausbildungsförderung

Befristete Aussetzung der Vorrangprüfung
abhängig vom regionalen Arbeitsmarkt

Erweiterte Integrationskurse mit Wertevermittlung

Sicherer Aufenthaltsstatus während und nach der Ausbildung

Pflicht zur Mitwirkung
bei Integrationsmaßnahmen

Befristete Wohnsitzzuweisung
zur Vermeidung sozialer Brennpunkte



Deutschlands erstes Integrationsgesetz

Zentrale Aspekte des vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzes:

 Arbeitsmarkt	Mehr Jobs	100 000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber sollen aus Bundesmitteln geschaffen werden.
	Keine Vorrangprüfung mehr	3 Jahre lang sollen Arbeitgeber nicht mehr prüfen müssen, ob auch ein Deutscher oder EU-Bürger in Frage kommt, wenn sie einen Asylbewerber/Geduldeten einstellen wollen. (abhängig von Arbeitsmarktlage in Regionen)
	Ausbildung	Duldung während der Dauer einer Ausbildung; weitere Duldung für 6 Monate zur Jobsuche und Aufenthaltserlaubnis für 2 Jahre bei anschließender Beschäftigung
 Integrationsmaßnahmen	Deutschkenntnisse	Verpflichtung zu Kursen, auch bei vorhandenen einfachen Deutschkenntnissen
	Sanktionen	Leistungskürzungen bei Ablehnung oder Abbruch von Integrationsmaßnahmen
	Anreize	Unbefristete Niederlassungserlaubnis nur bei erbrachten Integrationsleistungen: - nach 5 Jahren: u. a. bei ausreichenden Sprachkenntnissen, Lebensunterhalt überwiegend selbst gesichert - nach 3 Jahren: bei besonderen Integrationsleistungen: u. a. Beherrschen der Sprache
 Aufenthaltort	Wohnsitz	Asylbewerbern kann ein Wohnsitz zugewiesen werden; gilt nicht für Asylbewerber mit Job* oder Ausbildung



- **Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)**
- **„100.000“**
- **Befristetes Arbeitsmarktprogramm (§ 368 III S. 2 SGB III)**
 - Leistungsberechtigte (AsylbewerberleistG) ab 18 LJ
 - nicht für Leistungs- b. aus sicheren Herkunftsländern
 - gemeinwohlorientierte Arbeitsgelegenheiten
 - Arbeitsgelegenheiten, die von staatl., kommunalen oder gemeinnützigen Trägern zur Verfügung gestellt werden
 - Einblicke in das berufliche/gesellschaftliche Leben
 - Erwerb von Sprachkenntnissen
 - Teilnahmedauer: Bis 6 Monate/30 Wochenstunden
 - Förderung für eine externe FIM 250 EUR + tatsächliche Mehraufwendungen für Teilnehmer

Ohne Vorrangprüfung der Bundesagentur für Arbeit

§ 6 III Ausbildungsberufe BeschV

- Ausländerinnen und Ausländer, die im Inland eine **qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten** oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf erworben haben (**qualifizierte Berufsausbildung = mind. 2 Jahre**) und mind. **15 Monaten** ununterbrochener erlaubter, geduldeter oder mit einer Aufenthaltsgestattung Aufenthalt

oder

- eine Beschäftigung in dem Bezirk einer der in der Anlage zu § 32 aufgeführten Agenturen für Arbeit ausüben. 11.
- **Anlage (zu § 32) Nr. 11 AA Emden – Leer**



BeschV

Neue Regelung ohne Vorrangprüfung erfasst 133 der insgesamt 156 Agenturbezirke.

Ausnahme   **Bundesagentur für Arbeit**

- **23 Agenturbezirke** (ersten 15 Monate weiterhin Vorrangprüfung)
- **z.B. in Bayern** (Aschaffenburg, Bayreuth-Hof, Bamberg-Coburg, Fürth etc.)
- **z.B. in Nordrhein-Westfalen** (Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen etc.)

Die Beschäftigungsbedingungen der Flüchtlinge werden von der Bundesagentur für Arbeit weiterhin in allen Agenturbezirken geprüft.

Erleichterter Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge

§ 32 Abs. 2 BeschV

Mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit

- Beschäftigung von Geduldeten (mind. 3 Monate Aufenthalt in der BRD o. mit Aufenthaltsgestattung kann eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden.

Ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit

- Ableistung eines Praktikums nach § 22 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 4 des Mindestlohngesetzes,
- **Ableistung einer Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf.**



Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung (§ 18a AufenthG):

Ausübung einer der beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung (**Zustimmung BA**)

Dauer: 2 Jahre

Voraussetzungen:

1. Qualifizierte Berufsausbildung (staatlich anerkannten/ Ausbildungsberuf/Hochschulstudium),
2. oder seit zwei Jahren ununterbrochen eine dem Abschluss angemessene Beschäftigung ausgeübt hat,
3. oder als Fachkraft seit drei Jahren ununterbrochen eine Beschäftigung ausgeübt hat, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt - (**innerhalb des letzten Jahres vor Beantragung der AE ohne Sozialleistungsbezug**) –

1. ausreichenden **Wohnraum**,
2. ausreichende Kenntnisse der **deutschen Sprache**,
3. die Ausländerbehörde **nicht vorsätzlich** über **aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht** hat, behördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung nicht vorsätzlich hinausgezögert oder behindert hat,
4. **Keine Verurteilung** wegen einer **vorsätzlichen Straftat** (Geldstrafen bis 50 Tagessätze/bis 90 Tagessätzen wegen Straftaten nach dem Aufenthalts-gesetz/Asylgesetz unerheblich).
5. **keine Bezüge zu extremistischen oder terroristischen Organisationen**

Nach Erwerb einer **beruflichen Qualifikation** (§ 60a Absatz 2 Satz 4) ist für die Dauer von zwei Jahren für eine **Beschäftigung** eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen

(§ 18a Ia AufenthG) .

(Zustimmung Bundesagentur für Arbeit nach § 39 AufenthG)

Widerruf der Aufenthaltserlaubnis bei schuldhaftem Verlust des Arbeitsplatzes oder vorsätzlicher Straftat (18 1b AufenthG)

Erteilung einer Niederlassungserlaubnis (§ 26 III AufenthG)

- AE als Asylberechtigter/subsidiär Schutzbedürftiger (§ 25 I bzw. II AufenthG)
- er die Aufenthaltserlaubnis seit fünf Jahren besitzt
- sein Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist,
- hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (AII) + Grundkenntnisse in der Rechts- und Gesellschaftsordnung
- ausreichender Wohnraum

Verkürzung:

- Aufenthaltserlaubnis 3 Jahre
- **Beherrschung der deutschen Sprache (C 1)**
- **Überwiegende Sicherung des Lebensunterhalts**

**Vorübergehende Aussetzung
der Abschiebung (Duldung)
§ 60a I S. 3 AufenthG**



Duldung wegen dringender persönlicher Gründe

- **qualifizierte Berufsausbildung**
- **vergleichbar geregelter Ausbildungsberuf**
- **Ausländer aus einem sicheren Herkunftsland**
- **Einreise vor dem 01.09.2015**
- **Aktuell 14 Fälle**



Integrationskurse

§ 44 Abs. 2 AufenthG Teilnahmeberechtigung aufgrund der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis

- zu **Erwerbszwecken** (§§ 18, 21)
- **zwecks Familiennachzugs** (§§ 28, 29, 30, 32, 36),
- aus **humanitären Gründen** nach § 25 Absatz 1, 2, 4a Satz 3 oder § 25b,
- als **langfristig Aufenthaltsberechtigter** nach § 38a
- nach § 23 Abs. 2 oder Absatz 4 (**z. B. Kontingentflüchtlinge**)

- **Nach 1 Jahr erlischt Teilnahmeanspruch (neu)**



Integrationskurse

Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs (44 a AufenthG)

- Anspruch nach § 44 AufenthG
- Aufforderung von Ausländern im **Leistungsbezug** des AsylbLG durch die zuständige **Leistungsbehörde** [tritt am 1.01.2017 in Kraft]
- **Verständigung in einfacher Art in deutscher Sprache (Verpflichtung ABH) oder.**
- **Besondere Integrationsbedürftigkeit**
- Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs (**Eingliederungsvereinbarung durch das Job-Center**)

Zur Förderung der nachhaltigen Integration: § 12a Wohnsitzregelung AufenthG

Personenkreis:

- **Asylberechtigte**
- **Flüchtlinge** (§ 3 Abs.1 Asylgesetz)
- **subsidiär Schutzberechtigte** (§ 4 Abs.1 AsylG)
- **Inhaber Aufenthaltserlaubnis** (§§ 22, 23 oder § 25 III AufenthG)

Dauer: 3 Jahre/ ab 01.01.2016

Ausnahme:

- **sozialversicherungspflichtige Tätigkeit** (mind. 15Std./wöchentl. und Deckung)
- **Aufnahme einer Studien-, Ausbildung- oder Berufsausbildung**



Verpflichtung seinen Wohnsitz an einem bestimmten Ort zu nehmen (§ 12a III)



I. Voraussetzung zur Erleichterung:

- Versorgung mit angemessenem Wohnraum,
- ein Erwerb hinreichender mündlicher Deutschkenntnisse im Sinne des Niveaus A2,
- Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (unter Berücksichtigung der örtlichen Lage am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt)

II. Voraussetzung:

Die Förderung der nachhaltigen Integration in die Lebens-verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland darf dem nicht entgegenstehen.



§ 54 Ausweisungsinteresse

Schwer wiegendes Ausweisungsinteresse:

- **Verurteilung** wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten zu einer **Freiheits- oder Jugendstrafe von mehr als mindestens zwei Jahren** oder
- **Anordnung der Sicherungsverwahrung** bei der letzten rechtskräftigen Verurteilung

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

Rang	Code	Staatsangehörigkeit	Gesamtanzahl Ausländer Juni 2016	Gesamtanzahl Ausländer Mai 2016
1	152	Polen	1.673	1.633
2	475	Syrien, Arabische Republik	1.612	1.601
3	148	Niederlande	811	811
4	154	Rumänien	580	564
5	432	Vietnam	454	457
6	170	Serbien	451	454
7	163	Türkei	384	381
8	137	Italien	373	377
9	150	Kosovo	348	350
10	438	Irak	320	311
11	224	Eritrea	297	302
12	160	Russische Föderation	295	295
13	423	Afghanistan	274	272
14	153	Portugal	202	203
15	130	Kroatien	183	186
16	121	Albanien	156	184
17	125	Bulgarien	153	154
18	134	Griechenland	130	131
19	155	Slowakische Republik	126	119
20	439	Iran, Islamische Republik	117	110
21	151	Österreich	110	109
22	144	Mazedonien	103	104
23	168	Großbritannien mit Nordirland	97	100
24	451	Libanon	86	84
25	277	Sudan (ohne Südsudan)	83	86
25	165	Ungarn	83	80
restliche Staatsangehörigkeiten			1.520	1.527
Summe alle Staatsangehörigkeiten			11.021	10.985

Asyl

LK AUR Gesamt	=	1896
Aurich	=	454
Norden	=	347
Norderney	=	3
Wiesmoor	=	98
Baltrum	=	0
Dornum	=	111
Großefehn	=	153
Großheide	=	44
Hinte	=	111
Ihlow	=	60
Juist	=	0
Krummhörn	=	85
Südbrookmerland	=	170
Brookmerland	=	174
Hage	=	86

Duldung:

LK AUR Gesamt	=	363
Aurich	=	109
Norden	=	76
Norderney	=	4
Wiesmoor	=	26
Baltrum	=	0
Dornum	=	20
Großefehn	=	23
Großheide	=	13
Hinte	=	6
Ihlow	=	13
Juist	=	0
Krummhörn	=	2
Südbrookmerland	=	31
Brookmerland	=	25
Hage	=	15

- 1.955 Asylbewerber
- 54 Abschiebungen
- 150 freiwillige Ausreisen